

Starke Steuerkraft nur mit einer starken Wirtschaft

Am 4. Dezember 2015 debattierte der Landtag über die Einigung der Bundesländer auf eine Umstrukturierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

Dass sich die Länder auf eine gemeinsame Position zur Reform des Länderfinanzausgleichs geeinigt haben, ist zu begrüßen. Eine grundlegende Reform der Bund-Länder-Finzen hin zu mehr Transparenz und Übersichtlichkeit ist damit näher gerückt.

Die Landesregierung hat als zentrales Verhandlungsziel angesehen, dass Nordrhein-Westfalen endlich als Geberland zu erkennen sein müsse. Das ist erreicht. Viel wichtiger jedoch ist die Frage, warum Nordrhein-Westfalen seit 2010 Nehmerland geworden ist.

Hier liegt das Kernanliegen der CDU-Landtagsfraktion: Denn kein beredter Finanzminister und kein neues Rechensystem ändern etwas an der Notwendigkeit, dass Nordrhein-Westfalens Wirtschafts- und Finanzkraft gestärkt werden muss. Wir wären auch im alten System schon lange Zahlerland, wenn die Wirtschaftszahlen stimmten. Wir brauchen weniger Bürokratie, mehr Investitionen und eine Landesregierung, die die richtigen Prioritäten setzt. Nur so kann unser Bundesland sein volles wirtschaftliches Potential entfalten. Mehr Wirtschaftswachstum führt zu mehr Arbeitsplätzen, mehr Arbeitsplätze führen zu weniger Sozialausgaben und höheren Steuereinnahmen.

Setzen wir diese Reaktionskette in Gang, kann Nordrhein-Westfalen wieder zur Spitzengruppe unter den Bundesländern aufschließen – und zwar völlig unabhängig von Ausgleichs- und Verteilmechanismen auf der Bundesebene.

5,2 Prozent mehr – Landesregierung gönnt sich großen Schluck aus der Pulle

Das Amtsgehalt der Ministerpräsidentin und das ihrer Minister steigen rückwirkend zum 1. Juni 2015 um 5,2 Prozent. Dies ist ein großzügiger Schluck aus der Pulle. Denn diese

Pressestelle

Kai Schumacher	- Pressesprecher	Tel: (0211) 884-2213		cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de
		Tel: (0211) 884-2355	Mobil (0151) 4 310 28 47	kai.schumacher@cdu-nrw-fraktion.de
Nils Sönksen	- stellv. Pressesprecher	Tel: (0211) 884-2018	Mobil (0151) 1 884 10 90	nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de
Fabian Götz	- Pressereferent	Tel: (0211) 884-2509	Mobil: (0151) 1 884 10 71	fabian.goetz@cdu-nrw-fraktion.de
Teresa Leson	- Sekretariat/Internet	Tel: (0211) 884-2213	Mobil (0151) 1 884 10 83	teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de

Steigerung geht weit über das normale Niveau von Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst hinaus.

Es ist offenkundig, dass die Landesregierung diese Erhöhung verschleiern wollte und dabei ganz bewusst auf Zeit spielte. Am 15. Oktober hatte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marcus Optendrenk, eine entsprechende Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Vier Wochen später hätte sie beantwortet sein müssen. Die Antwort datiert von gestern, 2. Dezember. Erst heute, am 3. Dezember, ausgerechnet einen Tag nach Verabschiedung der Besoldungsanpassung für Beamte für 2015 und 2016 rückwirkend zum 1. Juni 2015, gibt Innenminister Jäger Auskunft über seine Gehaltssteigerung und die seiner Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Versuch der Vertuschung und damit eine Täuschung der Öffentlichkeit. Der Vorgang reiht sich ein in einen auch sonst fragwürdigen Umgang der Landesregierung mit dem Landtag.

Dabei wurde ebenfalls ganz bewusst die Frage nach der Steigerungsquote in der Anfrage nicht beantwortet. Die entsprechende Rechnung sieht wie folgt aus: Die Ministerpräsidentin bekommt entsprechend der Beantwortung der Kleinen Anfrage bislang 15.365,87 €. Ab dem 1. Juni 2015 sind es 16.163,20 €. Ich ergänze: Das ergibt eine Steigerung von 797,33 €, also von 5,2 Prozent in 2015.

Trickserei statt Tatkraft

Keine Innovationen, die Arbeitsplätze schaffen. Keine Idee davon, wie dieses Land in zehn Jahren aussehen soll? Keine Tatkraft der Ministerpräsidentin beim Haushalt 2016. Das Fazit zum Haushaltsentwurf der Landesregierung ist ein düsteres. Mit Tricksereien soll der Eindruck einer maßvollen Finanzpolitik entstehen.

Denn nur durch Haushaltstricks schafft es Rot-Grün, dass die Neuverschuldung nicht weiter ansteigt. So erwartet Finanzminister Walter-Borjans auch für 2016 weiter sprudelnde Steuereinnahmen – und zwar deutlich über dem Bundesschnitt. 1,5 Milliarden Euro sollen kommendes Jahr von den anderen Ländern und dem Bund nach Nordrhein-Westfalen fließen. Warum das so sein soll, kann er bis heute nicht plausibel erklären. Denn man kann aber nicht beides haben. Reich sein an Steuereinnahmen und gleichzeitig so arm, um die Solidarität der anderen einzufordern.

Ein weiterer Beleg für die Tricksereien: Nur durch das Vorziehen der für das nächste Jahr anfallenden Ausgaben für die Beamtenversorgung liegt die Neuverschuldung in 2016 nicht bei 2,5 Milliarden Euro. Die Zuführungen zum Pensionsfonds ab 2017 sind auch auf lediglich 200 Millionen Euro reduziert. Ohne diesen massiven Eingriff in die Zukunftsvorsorge gäbe es keine fallende Linie der Neuverschuldung mehr - schon jetzt nicht.

Das alles zeigt: Rot-Grün leben von der Hand in den Mund. Die Regierung Kraft macht keine verantwortungsbewusste und solide Haushaltspolitik, um auf außergewöhnliche Situationen wie in diesen Monaten reagieren zu können. Anders sieht es in anderen

Bundesländern aus. Bayern hat seit Jahren einen ausgeglichenen Haushalt, investiert aber kontinuierlich in den Breitbandausbau. Auch das grün-rot regierte Baden-Württemberg schreibt wieder eine Null - trotz Flüchtlingskrise und erheblicher Mehrausgaben. Offensichtlich sind selbst Grüne und Sozialdemokraten im Ländle sparsamer als bei uns.

CDU-Fraktion will Polizei fünf Millionen Euro für 700 neue Schutzwesten zur Verfügung stellen

Die CDU-Landtagsfraktion hat in einen Haushaltsänderungsantrag zur Verbesserung der Polizeiausstattung vorgelegt. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen muss für ihren Einsatz bei Terroranschlägen besser ausrüsten. Daher fordert die CDU-Landtagsfraktion für den Haushalt 2016 eine Erhöhung der Mittel für Dienst- und Schutzkleidung der Polizei um fünf Millionen Euro auf insgesamt 24,52 Millionen Euro. Mit diesen fünf Millionen Euro können rund 700 Westen auf dem neuesten Stand angeschafft werden. Innenminister Jäger plant bislang die Anschaffung von lediglich 200 Westen. Das reicht für die Polizei in einem Land von der Größe Nordrhein-Westfalens nicht aus.

Die CDU-Fraktion nimmt damit die wiederholten Hilferufe aus Polizeikreisen ernst. Die Zweifel der betroffenen Polizistinnen und Polizisten, ob ihre Ausrüstung für große Einsatzlagen wie in Paris ausreichend ist, halten wir angesichts vielfältiger Schilderungen für berechtigt. Eine Erhöhung der bislang geplanten Haushaltsmittel ist daher dringend notwendig.

SPD darf Verbot von Sympathiewerbung nicht weiter auf die lange Bank schieben

Innenminister Ralf Jäger und Justizminister Thomas Kutschatj haben am vergangenen Dienstag in einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärt, künftig stärker gegen rassistische Hetze im Internet vorgehen zu wollen. Angesichts der abstoßenden und menschenverachtenden Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte sowie die damit einhergehenden Kommentare im Internet ist dies zweifellos ein richtiger Schritt.

Die von den Ministern vorgestellten Maßnahmen reichen nach Ansicht der CDU-Landtagsfraktion jedoch bei weitem nicht aus, um dem Extremismus in Nordrhein-Westfalen den Nährboden zu entziehen. Es kann insbesondere nicht angehen, dass die SPD auf Bundesebene nach wie vor die Wiedereinführung der Strafbarkeit von sog. Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen blockiert. Dieses Verbot ist dringend erforderlich, um zu verhindern, dass in Deutschland ein Nährboden für Hass, Terror und Gewalt entsteht. In unserer Gesellschaft und in unserem Rechtsstaat ist kein Platz für Fremdenfeindlichkeit, Terrorismus und Gewalt – und zwar gleich, ob links- oder rechtsgerichtet, religiös oder anderweitig motiviert. Wenn Menschen auf unseren Straßen

und Plätzen oder aber auch im Internet für extremistische Organisationen werben, müssen unsere Staatsanwältinnen und Staatsanwälte endlich wieder ermitteln dürfen. So etwas darf unser Rechtsstaat nicht dulden.

CDU-Fraktion fordert Aufbau eines Digitalen Kompetenzzentrums gegen terroristische Aktivitäten im Internet

Wer Terroristen effektiv bekämpfen will, muss die digitale Welt miteinbeziehen. Das muss endlich auch die rot-grüne Landesregierung erkennen. Sie muss daher umgehend ein gesondertes digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus aufbauen. Die CDU-Landtagsfraktion fordert, dafür fünf Millionen Euro im Haushalt 2016 bereitzustellen.

Die Landesregierung muss zudem Druck auf die Anbieter digitaler Kommunikationskanäle ausüben, damit deren digitale Kommunikationsangebote nicht zu terroristischen Zwecken missbraucht werden. Es muss ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der es ermöglicht, Daten über gewalt- und terrorverherrlichende Aktivitäten im digitalen Raum automatisch dem digitalen Kompetenzzentrum zur Terrorabwehr zu übermitteln. Damit verlieren die Ermittler keine Zeit und können kurzfristig Ermittlungen aufnehmen. Darüber hinaus muss der Informationsfluss zu terroristischen Aktivitäten zwischen den internationalen Partnern und deren Behörden sowie Kompetenzzentren nachhaltig verbessert werden.

Hintergrund: Die verabscheuungswürdigen und barbarischen Anschläge von Paris haben gezeigt, dass die Terroristen im Vorfeld ihrer Anschläge digitale Spuren hinterlassen. Mindestens ein Attentäter aus dem Brüsseler Vorort Molenbeek soll in sozialen Netzwerken eindeutige Fotos und Waffen gepostet haben. Solche eindeutigen Postings könnten problemlos durch entsprechende Software automatisch erkannt und einem Digitalen Kompetenzzentrum Terrorabwehr zur Prüfung weitergeleitet werden. Im konkreten Fall hätten die Pariser Anschläge womöglich bei rechtzeitiger Auswertung der existenten digitalen Informationen im Vorfeld verhindert werden können.

Außerdem braucht es jetzt neben der Überwachung ungewöhnlicher Kommunikationskanäle wie Spielkonsolen klassische Zielfahndungsmethoden im digitalen Raum. Über digitale Geldströme, wie sie bei den eigentlich anonymisierten Bitcoins vorhanden sind, ließen sich mit entsprechender Expertise die Hintermänner der Anschläge aufspüren. Der digitale Raum ist eine Erweiterung unserer Realität, die von den Terroristen schon längst genutzt wird. Nordrhein-Westfalen darf diesbezüglich nicht allein auf Hinweise aus dem Ausland durch befreundete Behörden setzen und muss zügig eigene digitale Kompetenz im Kampf gegen den Terror entwickeln.

Landesregierung versagt beim Kampf gegen Salafisten

Seit Jägers Amtsantritt als Innenminister hat sich die Zahl der Salafisten in Nordrhein-Westfalen von 500 auf weit über 2.000 Personen mehr als vervierfacht. Die Zahl der gewaltbereiten Salafisten ist allein seit Jahresbeginn um weitere 200 auf nunmehr 500 Personen gestiegen. Zudem zählt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz inzwischen sage und schreibe 40 salafistische Zellen in unserem Bundesland. Es war auch kein Zufall, dass der symbolische Kontrollgang einer Scharia-Polizei ausgerechnet im nordrhein-westfälischen Wuppertal stattfand. Der bundesweit bekannte Pierre Vogel hat seinen Wohnsitz im vergangenen Jahr eilig von Hamburg nach Nordrhein-Westfalen zurückverlegt, weil der Verfolgungsdruck auf die Islamisten-Szene in Nordrhein-Westfalen so gering ist wie nirgendwo sonst in Deutschland.

Auch das von Minister Jäger angepriesene Aussteigerprogramm „Wegweiser“ ist Augenwischerei. Denn dieses Programm ist auch fast zwei Jahre nach seinem Start nicht über den Status eines Modellprojekts hinausgekommen. Bis heute wird es landesweit lediglich an vier Standorten betrieben. Wie Herr Jäger mit dieser Alibi-Aktion mehr als 2.000 Salafisten zwischen Aachen und Höxter wieder auf den Boden des Grundgesetzes zurückholen will, wird sein großes Geheimnis bleiben.

Wo steht die Landesregierung in der Kohlepolitik?

Am Mittwoch war der widersprüchliche Kurs der Landesregierung in der Kohlepolitik und die unpassenden Aussagen der Bundesumweltministerin über einen raschen Ausstieg aus der Kohleverstromung Thema im Landtag. Politik muss verlässlich sein, um Sicherheit zu bieten; für die Bürger, für die Unternehmen. Die Menschen müssen sich auf das verlassen können, was beschlossen worden ist. Das können sie derzeit mit Blick auf den Kurs der Landesregierung zur Braunkohle definitiv nicht. Die gemeinsam ausgehandelte Leitentscheidung zur Braunkohle ist gerade einmal wenige Wochen alt, da wird sie schon wieder vom grünen Koalitionspartner in Frage gestellt. Hinzu kommt, dass der Streit zwischen Ministerpräsidentin Kraft und der von ihr entsandten SPD-Bundesumweltministerin Hendricks Unternehmen verunsichert, Arbeiter und alle weiteren am Kompromiss Beteiligten. Die blasse Bundesministerin hatte sich vor Beginn des UN-Klimagipfels in Paris zu profilieren versucht, indem sie alle gerade gefundenen Vereinbarungen und Absprachen auf Bundes- und Länderebene ignorierte und einen Ausstieg aus der Kohle in 20-25 Jahren vorschlug.

Wir stellen fest: Es gibt derzeit weder eine gemeinsame Linie zwischen den beiden Genossinnen Kraft und Hendricks noch in der rot-grünen Landesregierung. Diese Kakophonie schadet Nordrhein-Westfalen und seiner Wirtschaft. Frau Kraft muss sich fragen, wer diese Landesregierung führt und was das eigenmächtige Handeln der Bundesministerin über die Interessenvertretung unseres Landes in Berlin aussagt.

Die nordrhein-westfälische SPD-Bundesumweltministerin hat versucht, sich auf Kosten unseres Landes vor dem UN-Gipfel zu profilieren. Und der grüne Koalitionspartner hintertreibt die Beschlüsse zur zwischenzeitlich getroffenen Leitentscheidung. Die Menschen und Unternehmen in den Braunkohlerevieren fragen sich zu Recht, wo die rot-grüne Landesregierung steht.

Kürzere Bearbeitungszeiten – schneller Wohnraum schaffen

Minister Groschek will Wohnungen bauen. Wir wollen es möglich machen. Um schneller Wohnraum in Nordrhein-Westfalen zu bauen, muss die Bearbeitungszeit von Bauanträgen deutlich verkürzt werden. Denn Verzögerungen durch monatelange Bearbeitung lähmen nicht nur den Wohnungsmarkt. Sie treiben auch die Baukosten in die Höhe. Daher ist es zwingend erforderlich, dass Bauanträge verpflichtend innerhalb einer Frist von zwei Monaten beschieden werden. Dazu legen wir diese Woche im Plenum einen Antrag vor.

Bauminister Groschek hatte angekündigt, 120.000 neue Wohnungen zu bauen. Wie er das anstellen will, hat er bislang nicht verraten. Tatsache ist: Ohne schnelle Bearbeitungszeiten wird das nicht funktionieren. Denn diese sind viel zu lang. Noch bevor der Bau beginnt, geraten die Projekte schon auf die lange Bank. CDU und FDP zielen mit ihrem Antrag auf einen Schwachpunkt, der den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen massiv beeinträchtigt. Es gibt Städte in Nordrhein-Westfalen, in denen die Bearbeitung der Bauanträge sechs bis acht Monate dauert. Diese Zeitverzögerungen bei Genehmigungen sind weder dem Baugewerbe noch den Bauherren länger zuzumuten. Sie schaden der Wohnungswirtschaft und den Wohnungssuchenden in Nordrhein-Westfalen gleichermaßen.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Landesbauordnung so zu ändern, dass Bauanträge innerhalb einer gesetzlichen Frist zu entscheiden sind. Die Landesregierung soll bei der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) dafür zu sorgen, dass die Einhaltung der Bearbeitungsfrist von Bauanträgen in das Kennzahlentableau der Kommunalaufsicht einbezogen und bewertet wird. Hierdurch ist auch für die jeweiligen politischen Gremien und die Öffentlichkeit ein Benchmarking bzw. Qualitätsvergleich unter den Kommunen möglich. Die Landesregierung soll die Kommunen bei der Einführung eines landesweit einheitlichen Systems zur Einreichung von Bauanträgen in digitaler Form, ähnlich der Berliner Bauaufsichtsbehörde, unterstützen und fördern.

Auch die Form von Bauanträgen in Nordrhein-Westfalen muss endlich zeitgemäß werden. Schon heute tauschen alle an der Herstellung einer Baugenehmigung Beteiligten wie zum Beispiel Architekten, Bauingenieure, Brandschutzgutachter und Vermessungsingenieure alle Daten nur noch digital aus. Das Land Berlin hat nach einem Stufenkonzept zentral ein einheitliches elektronisches Sachverfahren für die Behörden der Berliner Bauaufsicht eingeführt. Bauanträge können in elektronischer Form gestellt, bearbeitet, weitergeleitet und beschieden werden. Das neue Verfahren hilft, die Bearbeitungszeiten von Vorgängen zu verkürzen. Solch ein System wäre ein zweiter Schritt zur Beschleunigung von

Bauantragsverfahren. Die Landesregierung redet von Digitalisierung, setzt sie aber nicht in die Tat um.

Die Menschen bei der Inklusion nicht alleine lassen

Die Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen dürfen bei der Inklusion nicht mit Aufgaben belastet werden, die sie nicht leisten können. Es fehlt Schulen in unserem Land vor allem an Beratungsstrukturen und Fachkräften. Inklusion findet in Nordrhein-Westfalen ohne Qualitätsstandards statt. Das sehen auch Lehrkräfte und Eltern so. Damit die Inklusion in Nordrhein-Westfalen nicht vollkommen vor die Wand gefahren wird, muss schnellstmöglich ein umfassendes Konzept erstellt werden. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die Unterstützung von Kindern mit retardierter sozial-emotionaler Entwicklungskompetenz. Hierbei braucht es die Kooperation von Schulen, Kommunen, Therapeuten, Psychologen und Sozialarbeitern. Die CDU-Fraktion fordert die Einrichtung von regionalen Unterstützungszentren. Damit kann diesen Kindern die Chance zur Entwicklung gegeben werden, um später selbstverantwortlich zu leben und zu arbeiten. Die fachliche Kompetenz soll in den Unterstützungszentren gebündelt werden und somit Schulen, Eltern sowie Schülern zur Verfügung stehen.

Gehörlosen und hörbeeinträchtigten Menschen eine Stimme geben

Nordrhein-Westfalen braucht mehr gemeinsame Anstrengungen zur Inklusion von Menschen mit Hörschädigungen. Eine Gebärdendolmetscherausbildung in Nordrhein-Westfalen gehört dazu. Diese fehlt allerdings bisher völlig. Es gibt bisher leider nur Gebärdensprachkurse an einzelnen Volkshochschulen. Der Mangel an Ausbildung führt immer wieder zu Engpässen, so erst kürzlich bei der Anhörung im Landtag zum Inklusionsstärkungsgesetz. Es ist ein Unding, über die Probleme der Inklusion zu diskutieren und dabei den Betroffenen keine Chance zur Teilnahme zu geben, da ein Gebärdendolmetscher fehlt. Die CDU hat am 2. Dezember 2015 einen Antrag in den Landtag Nordrhein-Westfalen eingebracht, der die Ausbildung von Gebärdendolmetschern in Nordrhein-Westfalen stärken soll. Rot-Grün hat diesen Antrag abgelehnt und damit einmal mehr die Chance verpasst, ein positives Zeichen für erfolgreiche Inklusion zu setzen.

Die Deutsche Gebärdensprache ist eine anerkannte Sprache und die Muttersprache gehörloser Menschen. Verbindliches Unterrichtsfach ist sie leider mangels dazu ausgebildeter Lehrer bis heute nicht, nicht einmal für die Betroffenen. Was für die meisten von uns selbstverständlich ist, Verstehen und Verstanden werden, ist für jeden, der auf die Kommunikation in Gebärdensprache angewiesen ist, ein ständiger Kampf.

Qualität à la Rot-Grün

Wie Wissenschaftspolitik nach rot-grünem Dafürhalten aussieht, lässt sich an zwei Punkten festmachen. Da hilft dann auch kein Gesundbeten mehr, dass der Haushaltsansatz so groß sei wie noch nie etc. Zum einen ist es die Betreuungsrelation, d.h. die Zahl der Lehrenden in Vergleich mit den Studierenden. Laut Statistischem Bundesamt liegt die Betreuungsrelation Studierender-Lehrender im Jahr 2014 in Baden-Württemberg bei 4,9, in Bayern bei 6,2 und im Durchschnitt aller Bundesländer bei 7,1. NRW trägt mit 9,6 Studierenden pro Lehrendem die rote Laterne in Deutschland. In NRW müssen sich also fast doppelt so viele Studierende einen Lehrenden teilen als in Baden-Württemberg.

Auch beim Vergleich mit der Vergangenheit sieht Rot-Grün schlecht aus. Denn während sich die Betreuungsrelation sich in der Regierungszeit von Schwarz-Gelb zwischen 2005 und 2010 auf 8,8 (2010) stetig verbesserte, verschlechterte sich die Zahl danach wieder und liegt fast wieder dort, wo sie lag, als Schwarz-Gelb die Regierung übernahm. (Alle Angaben lt. Statistischem Bundesamt vom 12. Oktober 2015 „Personal an Hochschulen“) Der zweite Punkt der bezeichnend für die miserable Hochschulpolitik der rot-grünen Koalition ist, geht aus einer Antwort einer Kleinen Anfrage der rot-grünen Landesregierung hervor. Mit dem Wort „Qualitätsverbesserungsmittel“ (QVM) werden seit 2010 die Mittel bezeichnet die Rot-Grün als Ersatz für die abgeschafften Studienbeiträge (aus neuen Schulden) bereitstellte. Angeblich – so das Versprechen im Wahlkampf – sollten diese Mittel „vollständig“ kompensiert werden.

Wie „vollständige Kompensation“ bei SPD und Grünen aussieht, lässt sich nun an eindrucksvoll belegen: Laut der Antwort auf die Kleine Anfrage (Drs. 16/10140) vom 4. November 2015 hatte beispielsweise die TH Aachen im Wintersemester (WS) 2009/2010 knapp 25.000 Studierende. Im WS 14/15 sind es 34.376. Gleichzeitig sind die „QVM“ von knapp 22 Mio. Euro in 2009 auf 17,6 Mio. im Jahr 2015 gefallen. So geht Qualitätsverbesserung nach Rot-Grün: fast 10.000 Studierende mehr, dafür aber fast 5 Mio. weniger Geld! Oder an der Uni in Wuppertal, wo der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD, Herr Bell, herkommt. 9,7 Mio. Euro nahm die Uni im Jahr 2009 ein, heute sind es noch 8,3 Mio. – rund 14% weniger. Gleichzeitig stieg die Zahl der Studierenden von 11.482 auf 16.262 an. Wie der hochschulpolitische Sprecher der SPD diese „Qualitätsverbesserung“ verkauft, dass es für rund ein Drittel mehr Studierende 14% weniger Geld gibt, darauf kann man gespannt sein.

Insgesamt fehlen dem Hochschulsystem durch das gebrochene rot-grüne Wahlversprechen mindestens 50 Mio. Euro. Aber nicht nur dass Geld fehlt, dadurch wird auch Qualität massiv eingebüßt, weil immer mehr Studierende mit immer weniger Finanzmitteln auskommen müssen. Übrigens sagte die hochschulpolitische Sprecherin der Grünen in der Debatte zum Haushalt 2016 wörtlich: „Wer sich angesichts dieser Dimension [gemeint ist der Gesamthaushalt des Wissenschaftsbereichs] über rund 50 Millionen € an Kompensationsmitteln [...] echauffiert, der betreibt Erbsenzählerei.“

Muss man sich über das rot-grüne Qualitätsverständnis in der Wissenschaftspolitik wundern, wenn man bedenkt, dass die Koalition 50 Mio. Euro für Peanuts hält?